



# infobrief 31/08

**Dienstag, 7. Oktober 2008**

- Seit 1995 - **Ein Service des iff für die Verbraucherzentralen und den VZBV** - Seit 1995 -  
Infobriefe im Internet: <http://news.iff-hh.de/index.php?id=2599>

## Stichwörter

HypoRealEstate, Depfa, Enteignung des Staates durch die Banken

## A Ein neues Notstandsparlament?

Nach Artikel 115e Grundgesetz kann im Falle eines Angriffs auf die Bundesrepublik Deutschland ein "gemeinsamer Ausschuss" mit wenigen Parlamentariern und Bundesratsmitgliedern die Demokratie ersetzen. Er hat dann "die Stellung von Bundestag und Bundesrat und nimmt deren Rechte einheitlich wahr." Gibt es jetzt auch den im Grundgesetz bisher übersehenen wirtschaftlichen Verteidigungsfall?

Die Herren Blessing (Commerzbank), Ackermann (Deutsche Bank), Müller (Bundesverband Deutscher Banken), Weber (Bundesbank), Steinbrück (Finanzminister) mit Staatssekretär Assmussen als Koordinator haben in einer Krisensitzung unter Schließungsdrohung beschlossen, dass der Staatshaushalt mit einer Bürgschaft über 26 Milliarden Euro belastet und das Geld einer privaten Bank und ihren privaten Gläubigern zur Verfügung gestellt wird. Abgeordnete seien hierfür nicht notwendig; es hieß, man informiere sie aber. Es geht um 26.000.000.000,- EUR, das würde den Nettoarbeitsverdienst von 1 Millionen Arbeitnehmer in einem Jahr ausmachen oder ca. 500.000 Arbeitnehmer bezahlen, die ein Jahr lang etwas Sinnvolles in Bildung, Sozialem oder Umwelt tun könnten, was sonst kein Geld bringen würde.

Es ist nur eine Bürgschaft, sagt man, und sie wird schon nicht in Anspruch genommen. Die Fakten sahen bisher anders aus. Die 23 Mrd. EUR Bürgschaft für die Berliner Bank durch das Land Berlin kosteten ca. 8 Mrd. EUR. Bei der Sachsen LB waren es bisher wohl an die 2 Mrd. IKB, Bayern LB (1 Mrd. EUR wird genannt) und WestLB: Zusammen kommen wir tatsächlich auf den Betrag.

## B Das Ablaufmodell der Verstaatlichung der Verluste: Berliner Bank

Das Ganze läuft nach dem Schema der **Berliner Bank Pleite** ab: Eine Bank macht seit langem trübe Geschäfte. Politik, Gesetzgeber und höchste Gerichte wenden geltendes Recht nicht an oder passen es im Interesse der Bankenstabilität an, damit die Pleite verhindert wird und die Verluste beim Publikum bleiben. Die Bank ist ermutigt und agiert immer skrupelloser. Der Wert

ihrer Kredite und Anlagen wird zum reinen **Papierwert**: Ausgebrannte Verbraucher, betrogene Hauskäufer, korrupte Baukonsortien mbH und **Banker, Analysten und Vermittler** mit Traumeinkommen, Gewinnbeteiligungen und Provisionen bedienen sich aus dem harten Geld der Bankeinleger. Sie begründen die Entnahme aber mit den nominellen Profiten und Buchpositionen in den Bilanzen. Irgendwann holt die Realität sie ein. Die **Fantasiepreise** für Häuser und Grundstücke, Aktien und Wertpapiere, die mit den Einkommen derjenigen, die sie letztlich nutzen bzw. deren Waren kaufen oder darin arbeiten sollen, nichts mehr zu tun haben, fallen zusammen, wo sie zum ersten Mal getestet werden. Die **Ratingagenturen**, die nach ihren A-Ratings bei der HRE ([siehe Geschäftsbericht 2007 S. III](#)) an sich zu Witzfiguren der Vergangenheit werden müssten, passen schnell an und rechnen die realen Verkaufspreise hoch und damit über Nacht den Bankrott der Banken. Hinter covered warrants, Optionen und strukturierten Papieren, Steuersparmodellen und Leerverkäufen kommt eine reale Bretterbude zum Vorschein.

Die **Bankenaufsicht**, die ihr Wissen im wesentlichen aus den Bilanzen und von den Ratingagenturen, also von den Akteuren selber erhält, runzelt die Stirn und erklärt der Politik, dass nun, nachdem man 10 Jahre lang der allmählichen Entwertung zugeschaut hat, binnen weniger Tage die Rettungsaktion abgeschlossen sein muss, ansonsten werde sie die Bank schließen, die Anleger werden in Panik geraten und nicht mehr unterscheiden, die Mitbanken werden ihre Kredite kündigen und das Finanzsystem bricht zusammen, die Wirtschaft bricht zusammen. 1923, 1929, 1933, 1945 ...

Unter diesem Druck setzen sich die Banker mit wenigen Staatsmanagern zusammen und beschließen den **Rettungsplan**: der Staat übernimmt die Schulden. Er enteignet sich selber, indem er Eigentümer der Risiken wird. Staatssozialismus umgekehrt. Die übrige Regierung stimmt zu; und das, obwohl das Familienministerium vergeblich seit Jahren um 3 Mrd. EUR für Kinderkrippen kämpft und sich der Arbeitsminister dauernd überlegt, wie er bei den Arbeitslosen noch mal 300 Mio. (gerade schlägt der Chef der Bundesanstalt für Arbeit Einsparungen bei jungen Hartz IV Empfängern vor), sparen kann.

Die Fraktionseinpeitscher erklären den konsternierten Abgeordneten, dass sie alle ihren Sitz verlieren werden, wenn ihnen der Zusammenbruch unseres Geldsystems angelastet wird. Sie stimmen zu, von links bis rechts – Parlamente werden zur Exekutiven der Wirtschaftskapitäne.

## C Die Hypo-Real Estate

Erinnern wir uns. Die Hypo-Real Estate (siehe [Bilanz](#); auch Darstellung in [Wikipedia](#)) ist eine Ausgründung der **HypoVereinsbank**, die damit ihre schlechten Kredite mit Hilfe des eilig verabschiedeten Umwandlungsgesetzes an der Zustimmung der Kunden vorbei auslagerte, damit **UniCredito** sie übernahm (um sie, wie wir inzwischen wissen, auszuschlachten.) Die HypoVereinsbank wiederum entstand aus dem Zusammenschluss der noch gut funktionierenden **Bayerischen Vereinsbank** mit der maroden **Bayerischen Hypotheken und Wechselbank**.

Die Letztere war berühmt für ihre verantwortungslosen Investitionen. Sie erfand die Schrottimmobiliendarlehen, wo in der Fantasie der Vermittler blühende Grundstücke im Osten mit getürkten Mieten auf Kredit an einfache Bürger weitab von deren Belegenheit ver-

/...3

kauf wurden. 300.000 Geschädigte wollten ihren Schaden einklagen. Der Gesetzgeber änderte das Gesetz (kein "verbundenes Geschäft" und damit unwiderruflich sollte es sein) und der Bundesgerichtshof erfand aberwitzige Konstruktionen (Verbraucher habe den "Schein" einer Vollmacht geschaffen, an den sich die arglose Bank halten dürfe), um sie vor Ersatzpflichten und „vor dem Verbraucherschutz“ zu schützen. Wir analysierten früh ihre Mittelstandskredite und sollten dafür von deren Justitiar mit Klagedrohungen eingeschüchtert werden. Nach 15 Jahren hat jetzt der enteignete Unternehmer vor Gericht Recht bekommen. Statt mit Dienstleistungen verdiente man Geld mit Rechtspositionen.

Der Justitiar organisierte für den damaligen Senatspräsidenten beim BGH Schimansky das **Bankrechtshandbuch**, in dem er selber die Schlüsselthemen behandelte und auch die Richter versammelte. Man traf sich auf den Bankrechtstagen und in hoch dotierten Schulungen der Banker im Hypothekenrecht. Dieser Justitiar sprach für den Rechtsausschuss des Hypothekenverbandes im Bundestag, beherrschte die Kommentarliteratur und fand für jede Praxis eine Konstruktion und überall offene Ohren. „Too big to fail“ – tastet mir die Großbanken nicht an. Dies übernahmen von ihm Richter und Abgeordnete.

Die **Fusion der beiden bayerischen Banken** war eine politische Auflage. Die BayernHyp war praktisch schon bankrott. Die spätere Analyse bei der HypoVereinsbank ergab zumindest 3,5 Mrd. EUR Fehlbedarf in den Büchern, ganz zu schweigen von den verborgenen Risiken.

Aus der Schieflage der sechstgrößten Bank wurde die Schieflage der zweitgrößten Bank Deutschlands. Jetzt hieß es in der Steigerung „**Far too big to fail**“. Kleiner Schönheitsfehler, die Bayerische Vereinsbank hatte vorher die solide Vereins- und Westbank im Norden geschluckt und riss sie mit.

Um die Neue vor dem Zusammenbruch zu schützen, sollte sie verkauft werden. Aber wer kauft sie? Daher übertrug man den Forderungsschrott auf eine neue Gesellschaft mit einem englischen Namen, der sie für die Finanzwelt aufbereitete: HRE. Parallel wurde die staatliche Deutsche Pfandbrief Anstalt 1989 privatisiert und ihre Aktien angeblich breit gestreut, so dass sie im Ergebnis dann unter dem Dach der HypoVereinsbank landete. Das schöne Pfandbriefgeschäft brachte zu wenig. Deshalb gründete man eine [Depfa Bank Plc](#) als Holding und ordnete ihr die Depfa Bank AG unter. Nunmehr konnte man frei im Immobiliengeschäft wirtschaften, was aktuell die Bundesregierung nicht daran hindert, zu behaupten, sie wolle doch nur (nachdem sie 1989 das Pfandbriefgeschäft privatisiert hatte) das Pfandbriefgeschäft in Deutschland retten.

Die HRE übernahm nun wiederum die Depfa Deutsche Pfandbrief Bank als Tochter, die jetzt als weitere Tochter die **Hypo Public Finance Bank in Dublin** hat. Die Portfolios der Gruppe sollten laut Geschäftsbericht (S. 25) "kombiniert gesteuert" werden. Es ginge dort um "Public Sector & Infrastructure Finance", also um das sichere "Staats- und Infrastrukturgeschäft weltweit". Statt sicherem Staatsgeschäft wurden jedoch Risikoinvestitionen in den USA gebündelt. Tatsächlich arbeiteten nur 91 der 193 Mitarbeiter dieser Bank in Irland, 48 aber in den USA und 26 in Großbritannien, verbrauchten aber 100 Mio. EUR an Verwaltungsaufwand und emittierten vornehmlich "Senior Unsecured Anleihen." Unsecured heißt unbesichert. Dass Irland aber nicht an allem Schuld sein kann, ergibt die relativ überschaubare Summe von 4,4 Mrd. EUR Eventualverbindlichkeiten dort. Die Konzernmutter hatte also vornehmlich eigene Probleme

/...4

me. In der Halbjahresbilanz Juni 2008 gab es noch 307 Mio. EUR Gewinn bei 395 Mrd. EUR Bilanzsumme. Oder stimmte das etwa nicht?

Die Bank-Holding hatte schon vorher begonnen, den Kreditschrott der sog. „Not leidenden Kredite“, die viele Not leidende und geprellte Verbraucher betrafen, weiter zu schieben. **Lone Star** trat auf den Plan und versprach Rettung; aber eben eine Rettung, wie sie der Geier den Verdursteten in der Wüste verspricht. An sich verbot das Gesetz den Verkauf, aber die Regierung verabschiedete ein **Risikobegrenzungsgesetz**, das das stillschweigend duldet. Bereits zuvor hatte der oberste Bankrichter der Republik in einem Fachaufsatz die Bedenken zerstreut und den Banken versichert, sie hätten selbst bei rechtswidrigem Handeln nichts zu befürchten (es sei „kein Schaden“ nachweisbar).

**Lone Star** aber ist ein Spezialist für finanziellen Abriss und kennt sich mit Schrott aus. Die betrügt keiner. Lone Star verlangte die Beimischung guter Hausbesitzerkredite. Die versuchte es zu verwerten und richtete Schaden an und zerstörte das wichtige Vertrauen in Banken im Publikum. Immerhin konnte die Öffentlichkeit das Schlimmste verhindern. Plötzlich waren die Kredite wieder bei der HRE. Lone Star betrügt man nicht.

Der „Gesetzgeber“ verabschiedete die **REITS**, offene und ungezügelter Immobilienanlagefonds, mit denen jetzt die Risiken noch breiter „gestreut“ werden konnten. Dieses Tor ging Gott sei Dank zu spät auf und auch nur für Gewerbeimmobilien.

Der HRE ging es nach den Büchern blendend. Finanzminister, Bundesbankpräsident und die anderen Finanzkapitäne versicherten, in Deutschland sei alles anders als in Amerika. Einfältige Investoren ohne Durchblick wurden gesucht. Aber die hatten schon in Amerika eingekauft und das gebrannte Publikum floh aus den Aktien (von 6 Mio. Anlegern auf 3 Mio., das war der Erfolg der Schröderschen „Volksaktien“ Kampagne). Die publizistische Untermalung des Weiterverkaufs von Finanzschrott, den man Risikostreuung nennt, lief auf vollen Touren. Der Finanzminister versprach dem Sozialsektor für den enger geschnallten Gürtel eine schuldenfreie Zukunft. Damit ist Schluss; wir haben die Zukunft gleich doppelt verkauft: Geldpolitisch und sozial. Aber sie ist nicht verloren. Die Demokratie muss die wirtschaftspolitische Kompetenz zurückgewinnen.

## **D Die Langzeitperspektive: Geld als Mittel und nicht als Zweck!**

Das Parlament wird erpressbar. Es steht mehr als eine Finanzkrise auf dem Spiel. Die Achtung vor der parlamentarischen Demokratie ist gefährdet.

Es geht darum, die Funktionen von Geld als **Transportmittel für Kapital in der Zeit mit Risiko** zu verstehen und die Rolle der Geldwirtschaft dabei in Augenschein zu nehmen. Dann kann man die richtigen Fragen stellen. Mehr ist nicht notwendig. Die Antwort geben die Insider und man muss sie nur zwingen, ehrlich zu sein und es verständlich auszudrücken. Wir wissen von einem Arzt, dass, wenn er das nicht kann, er es auch selber nicht verstanden hat oder seine Unfähigkeit bzw. Fehler verbergen will.

/...5

Wir brauchen kurzfristige Lösungen. Dazu gleich. Aber wir brauchen vor allem langfristige Lösungen. Seit der Berliner Bank Krise sind ja gerade einmal 6 Jahre vergangen. Der nächste Zusammenbruch kommt dann nach dem Gesetz der Reihe in 4 Jahren. Vielleicht dann in der Versicherungsindustrie. Nur wenn wir wissen, was wir langfristig wollen, können wir die kurzfristigen Lösungen verabschieden. Sie verstellen nämlich häufig die langfristig Richtigen. Die amerikanische Savings & Loan Krise vor 20 Jahren enteignete schon einmal mit 700 Mrd. USD Bürgschaften den amerikanischen Staat um 250 Mrd. USD. Es führte zu einer gigantischen Konzentration der Banken, die damit unregierbar wurden. Die jetzige Krise ist so viel größer, weil die ganz Großen derzeit alles auf die nächste kleinere Gruppe abschieben müssen, die für den Staat kaum noch zu bewältigen sind. Mit 2.000.000.000.000 (2 Bio) USD schätzt ein großer Hedgefonds den Bedarf ein.

Langfristig geht es darum, die Geldwirtschaft wieder an die realen Werte heranzuführen. Schrittweise die als Blase, Nominalwert, Derivate bezeichneten reinen Buchwerte auf das zu beschränken, was sie bewegen können und den Rest abzubauen. Basis von Kapital, Zeit und Risiko ist der Kredit. An ihm hängt alles, von ihm geht alles aus. Wir müssen die Kreditqualität an allen Ecken und Enden, im Kreditkartenkredit, bei der Kontoüberziehung, beim Ratenkredit, im Hypothekenkredit, beim Mittelstandskredit, bei den reinen Wertpapierkrediten und den Inter-Bankenausleihungen ebenso wie bei den Unternehmensanleihen und Kapitalerhöhungen verbessern, ständig kontrollieren und korrekt abbilden.

Die European Coalition for Responsible Credit zusammen mit der National Coalition for Community Reinvestment in den USA haben hierzu die „sieben Prinzipien verantwortungsvoller Kreditvergabe“ erstellt und weltweit in vielen Sprachen zur Diskussion gestellt.

Saubere Kredite sind die Grundlage. Sie münden in sauberen Wertpapieren und deren Derivate, verkörpern reale und eingrenzbare Risiken. Damit das funktioniert, muss das Bereicherungs- und Anreizsystem überarbeitet werden. Arbeit und nicht Mut zur Lotterie auf Kosten anderer sollte entlohnt werden.

## **E Verbraucherkonkurs für Banken**

Kurzfristig brauchen wir Zeit. Dafür gibt es den Konkurs. Die Insolvenzordnung aber geht immer noch davon aus, dass der insolvente Betrieb vom Markt verschwindet. Gerade das können wir uns bei Banken nicht leisten. Sie liegen genauso an einer Schnittstelle wie der Netzbetreiber bei Wasser- oder Elektrizität, die ebenso die Grenzen überqueren. Der Umkehrschluss, deshalb müssten wir mit öffentlichen Geldern jede Gier und Unverantwortlichkeit belohnen ist aber ebenso falsch und langfristig verheerend.

Modell könnte die Verbraucherinsolvenz sein. Auch hier stirbt der Verbraucher nicht wie eine bankrotte GmbH. Es entsteht mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens erst einmal ein Moratorium. Niemand verliert seine Forderungen sofort. Es folgt ein Insolvenzplan mit den Gläubigern, der eine allmähliche und in Teilen auch sofortige Wiederbelebung der Bank zulässt. Damit die Gläubiger mitspielen, gibt es daneben aber einen staatlichen Insolvenzplan. Der läuft über sechs Jahre. Erst danach verlieren die Gläubiger ihr Geld – Zeit genug um sinnvolle Lösungen zu finden, die zumindest andere abschrecken, es noch einmal auf Staatskosten zu versuchen.

/...6

Zu diesem zweiten besonderen Kapitel der Bankeninsolvenz kommt eine Reihe von Unterkapiteln. Die Forderungen müssen sortiert werden so wie in der Verbraucherinsolvenz auch. Forderungen aus Verbrechen zur Wiedergutmachung sind anders als reine Finanzpositionen. Jeder einzelne Gläubiger kann geprüft werden.

Statt Übernahmen und Fusionen sollte es Patenschaften („Patronate“) geben, wo eine solide Bank praktisch die unabweislichen Geschäfte fortführt und der Staat die solide Bank stützt und nicht den Hasardeur.

## F Was wissen die Parteien?

Alle Parteien im Bundestag, außer der Linksfraktion, haben inzwischen zugestimmt. Wozu eigentlich? Die Zustimmung wird damit begründet, dass es eine Bürgschaft sei, die nichts kostet und der "politischen Hygiene" (SPD) diene, sie sei notwendig (CDU), richtig aber mit zu wenig privatem Bankenengagement (Grüne), eine Pflichtaufgabe aber auch etwas für die Sparer (FDP). Wissen sie, wovon sie sprechen? Erhellendes kommt von der Finanzaufsicht und der Bundesbank: Es hätte zu **"Verwerfungen im Finanzsystem"** geführt, wenn man nicht schnell mal Milliarden bereitstellt. Ist unser Volk so dumm, wird es für so dumm gehalten, wird es dumm gehalten oder hält es sich dumm? Die Bild-Zeitung empfiehlt die Sparbücher abzuheben und das Geld auf mehrere Banken zu verteilen. Das ist auch nicht viel schlechter als die Informationspolitik der Bundesregierung. Es gibt aber noch ein Paar Fragen:

- Um welche entwerteten Forderungen ging es eigentlich?
- Warum schon wieder eine erst vor kurzem privatisierte Bank (genauso wie bei der Berliner Bank)?
- Was machen wir bei der nächsten Pleite: Die Serie von Berliner Bank, SachsenLB, IKB, HRE ist ja wohl nicht zu Ende, oder?
- Soll man etwas tun, damit es nicht wieder passiert oder reicht eine Erziehung zur Sparsamkeit in amerikanischen Schulen?
- Was bewirkt die Bürgschaft genau? Welche Engagements wurden verbürgt? (Das Kongresszentrum in Irland, das die HRE finanzierte?)
- Wer bekommt eigentlich das Geld?
- Was ist mit den Managern?
- Wie wird die Bürgschaft **"gegenfinanziert"** (um die beliebteste Verhinderungsflöskel der letzten beiden Jahre einmal in Erinnerung zu rufen?)
- Sind die Richtigen am Ruder?
- Wie kam es eigentlich dazu, und wäre es auch möglich gewesen nach dem Rechtszustand, der noch vor 15 Jahren herrschte?
- Wieso muss das Parlament nicht zustimmen? Kann man die Zukunft Deutschlands rein administrativ an private Gläubiger verpfänden?

/...7

**Berliner Zeitung v. 1.10.2008:**

BERLIN. Einer Zustimmung des Bundestags zum milliarden schweren Rettungsplan für den angeschlagenen Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate bedurfte es zwar nicht. Der politischen Hygiene wegen machte sich Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) aber gestern auf, um allen im Parlament vertretenen Parteien die Entscheidung der Bundesregierung zu erklären. Schließlich geht es um rund 26,5 Milliarden Euro, die der Bund - sprich der Steuerzahler - im Extremfall aufbringen muss.

**Zumindest von den Koalitionsfraktionen kam Unterstützung.** Sowohl Unionsfraktionschef Volker Kauder als auch sein SPD-Kollege Peter Struck nannten das Vorhaben richtig und zur Abwendung eines Flächenbrandes im deutschen Finanzsystem geboten. Er gehe nicht davon aus, dass die Bürgerschaft in Anspruch genommen werden müsse. Er wollte daher auch nicht Abschied nehmen vom Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bis 2011. Beim Auftritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Unionsfraktion gab es allerdings vor allem aus der CSU vernehmbare Kritik an der Informationspolitik der Regierung.

**Grüne und FDP stimmten grundsätzlich zu.** Grünen-Chef Kuhn verlangte aber einen größeren Anteil der Banken am Rettungspaket. Er stellte zudem die Frage, wie es sein könne, dass die Regierung tagelang über das Hilfspaket verhandelt habe, die Öffentlichkeit aber erst kurz nach der Bayern-Wahl darüber informiert worden sei. FDP-Chef Westerwelle sagte, die FDP werde sich der gemeinsamen "patriotischen Aufgabe" stellen. Aber seine Partei werde dafür sorgen, dass die Steuergelder dafür eingesetzt werden, Kunden und Sparer zu schützen, nicht jedoch Bankmanager.

**Die Linke sagt Nein.** Die Linkspartei lehnte das Paket dagegen klar ab. Wenn Steuermittel für eine angeschlagene Bank eingesetzt werden, dann müsste der Staat sich auch an dem Kreditinstitut beteiligen, sagte Links-Fraktionschef Oskar Lafontaine. Er warf erneut Steinbrück vor, Mitschuld an der Finanzkrise zu haben. Es gehe nicht an, dass diejenigen Vorschläge für eine Überwindung der Finanzkrise erarbeiten, die dafür verantwortlich seien, sagte Lafontaine. Der DGB sprach von einem Schlag ins Gesicht der Steuerzahler und forderte Gegenleistungen für die Bürgerschaft.

Dass die Rettung nötig war, begründeten Bundesbank und die Finanzaufsichtsbehörde BaFin gestern in einem Schreiben an Bundesfinanzminister Steinbrück. Darin heißt es, eine Pleite der Bank hätte zu schwersten Verwerfungen im Finanzsystem geführt. Auch Kommunen und Bundesländer wären durch den Verlust ihrer Anlagen stark in Mitleidenschaft gezogen worden. "In jedem Fall hätte eine Kettenreaktion im Finanzsystem ein Vielfaches der Kosten zur Folge gehabt, die aus den Ausfallgarantien des Bundes erwachsen können." (Timot Szent-Ivanyi )